

Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Migration
Frau Kathrin Gäumann
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

4. November 2013

Vernehmlassung zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien

Sehr geehrte Frau Gäumann

Mit Schreiben vom 3. September 2013 hat uns die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD den Entwurf des Bundesbeschlusses zur Genehmigung und Umsetzung des Protokolls III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien zur Vernehmlassung zugestellt. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Wir begrüßen die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien. Das ist die logische Konsequenz des Abkommens mit der EU über die Freizügigkeit. Die ausgehandelten Übergangsfristen und Schutzklauseln erlauben es der Schweiz, eine ungebremste Zuwanderung aus Kroatien zu verhindern. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben sich in den letzten Jahren bewährt und wurden kontinuierlich ausgebaut. Sie garantieren dafür, das Lohn- und Sozialdumping effizient bekämpft werden kann. Die Vollzugsorgane der Kantone setzen sich dabei für eine konsequente Umsetzung dieser Massnahmen ein.

Die Konferenz der Kantonsregierungen reicht zum Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf Kroatien eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone ein. Wir schliessen uns vorbehaltlos dieser Stellungnahme an.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber